

Die erweiterte Europäische Union – eine Chance für eine geschlechtergerechte Ökonomie

Podiumsdiskussion¹

Bei der Podiumsdiskussion am Freitag, den 29. Oktober 2004, ging es um die erweiterte Europäische Union als Chance für eine geschlechtergerechte Ökonomie – ausdrücklich nicht mit Fragezeichen formuliert. Trotzdem stand dieses mitgedachte Fragezeichen naturgemäß im Mittelpunkt der Diskussion zwischen den vier Frauen aus Deutschland und den Neu-Mitgliedsländern Polen und Slowenien. Die Diskutantinnen waren *Ewa Ruminska-Zimny*, Leiterin des Programms Gender und Ökonomie der Vereinten Nationen, Wirtschaftskommission für Europa/UNECE (Genf), *Marta Turk*, Vorsitzende des Unternehmerverbandes Slowenien (Ljubljana), *Susanne Hildebrandt*, Forscherin beim Europäischen Gewerkschaftsinstitut (Brüssel) und in kurzfristiger Vertretung des Hauptgeschäftsführers der gastgebenden Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Dr. Reinhard Dörfler, dessen Referentin *Elfriede Kerschl* (München). Moderiert wurde das ausschließlich mit Frauen besetzte Podium durch *Cordula Tutt*, Politikkorrespondentin für die Financial Times Deutschland (Berlin).



v.l.n.r.: Susanne Hildebrandt, Marta Turk,
Cordula Tutt, Ewa Ruminska-Zimny, Elfriede Kerschl

Susanne Hildebrandt sieht als das größte und drängendste Problem der Frauen in der erweiterten EU nach wie vor die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie bezeichnet sich selbst als „politischen Flüchtling aus Gender-Gründen“, da sie nach dem Studium Deutschland verlassen musste, um Arbeit und Familie gleichermaßen befriedigend leben zu können. In Sachen Kinderbetreuung anerkennt sie die positiven Ansätze der rot-grünen Regierung, warnt jedoch vor der zu einfachen Gleichung: „Gefahr erkannt – Gefahr gebannt“. Sie verweist auf die 145 Mrd. Euro, die z.B. Frankreich für die Betreuung von Kindern von Geburt bis Studienabschluss ausgibt. Deutschland beschränke sich auf die Hälfte, darüber könnten

¹ Wegen der besseren Lesbarkeit und zum Zwecke der Übersichtlichkeit versuche ich, die verschiedenen Statements und die Fragen und Antworten im offenen Teil der Diskussion zusammenzufassen und als geschlossenen Text wiederzugeben. Es versteht sich von selbst, dass dabei nicht alle Aspekte bis ins Detail dargestellt werden können, aber nichts desto trotz habe ich mich bemüht, die wichtigsten Gedankengänge einzufangen und hier der allgemeinen Erinnerung verfügbar zu machen.

auch die Initiativen des Familienministeriums nicht hinweg täuschen. Das zweite drängende Problem sieht sie in dem nach wie vor männlich definierten Normarbeitsverhältnis – bei einer 40-Stunden-Woche bliebe einfach für anderes keine Zeit. Dabei läge das Problem der geringen Frauenerwerbsquote keineswegs auf der Angebotsseite: Frauen seien weder schlecht oder falsch ausgebildet, noch faul oder zu wenig ehrgeizig. Als positives Beispiel führte sie wiederum Frankreich an, das die 35-Stunden-Woche per Gesetz eingeführt habe. Diese gelte zwar nur für Unternehmen mit mehr als 20 Angestellten, so dass aus Gender-Perspektive erneut eine Schieflage entstehe, da Frauen vielfach in sehr kleinen Unternehmen beschäftigt seien – aber der Ansatz sei immerhin zu würdigen. Letztlich müsse man aber aus Gender-Perspektive auch immer die Männer mit im Blick haben, die z.B. in ihrer Rolle als Väter auch von Arbeitszeitverkürzungen profitierten. So hat die France Télécom zum Beispiel die 32-Stunden-Woche etabliert, was dazu führe, dass viele Väter am (in Frankreich schulfreien) Mittwoch frei nehmen könnten, um sich ihrer Familie zu widmen.

Marta Turk betonte die Unterschiede zwischen Frauenunternehmenschaft in den neuen und den alten EU-Mitgliedsländern. So müssten Frauen in den Beitrittsländern ihrer Ansicht nach vielfach Unternehmerinnen werden, um ihre Kinder ernähren zu können – nicht, weil sie die Firma geerbt hätten oder sich persönlich verändern wollten. Also eher aus einer wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus denn aus Gründen der Selbstverwirklichung. Die Frauen hätten zuvor keinerlei Zugang zu bestehenden Unternehmen, es ginge hier ums pure Überleben, um Verantwortung für die eigene Familie und später die eigenen Angestellten. Daher fordert sie, den Ausbau von Frauennetzwerken zu verstärken, um diesen Frauen zu ermöglichen, mehr über Wirtschaft zu lernen. Ihren eigenen Erfolg als Unternehmerin erzählt sie, die als ihr großes Vorbild George Sand nennt, als eine Art Von-der-Tellerwäscherin-zur-Millionärin-Geschichte: Sie habe ohne jeden Businessplan im Keller ihres Hauses mit einem Haufen guter Ideen und der Unterstützung vieler Freunde angefangen – nach einem Jahr konnte sie dann den ersten Computer anschaffen. Heute gehören ihr drei Unternehmen und ein Familienbetrieb. Nachahmerinnen empfiehlt sie jedoch aus heutiger Perspektive, sich erst umfassend in Frauennetzwerken zu informieren und dann zu gründen. Insgesamt schätzt sie die Möglichkeiten der Politik, mittels neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen aus Gender-Perspektive positive Veränderungen herbeizuführen, als eher gering ein. Auf andere Faktoren wie persönlichen Willen und Engagement komme es weit mehr an. In Slowenien sieht sie die Hauptproblematik in der dramatisch gesunkenen Frauenerwerbsquote, die früher annähernd 100 % betragen habe. Zwar seien heute noch immer 65 % der Frauen erwerbstätig, Frauen über 40 Jahren fänden aber wegen der auch hier zunehmenden Überalterung der Gesellschaft kaum noch eine Anstellung, sollten sie einmal arbeitslos sein. Für diese Gruppe gäbe es kaum Weiterbildungsangebote, Selbständigkeit biete häufig die einzige Erwerbsmöglichkeit. Das Konzept des lebenslangen Lernens mit all seinen Vorteilen sei hier noch lange nicht verinnerlicht.

Ewa Ruminska-Zimny, Polin und Leiterin des Programms „Gender und Ökonomie“ der UN lobte zunächst den Ansatz der Diskussionsrunde: Frauen stünden im Zentrum des Dilemmas der EU. In den neuen Beitrittsländern, die großen Veränderungen unterlägen, seien Frauen stärker von Problemen betroffen. Obwohl sich in Ländern wie der Schweiz oder den USA bereits herumgesprochen habe, dass es einen massiven wirtschaftlichen Vorteil bedeute, Frauen stärker an der Erwerbsarbeit zu beteiligen und die Bedeutung von Frauen als Entscheidungsträgerinnen in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung und die angestrebte



Ewa Ruminska-Zimny

nötige Sicherung der Sozialsysteme gar nicht überschätzt werden könne, gehe die Frauenerwerbsquote in allen Beitrittsländern nach wie vor zurück. So sei der Anteil der Frauen an der Erwirtschaftung des (insgesamt um 44 % gesunkenen) Bruttosozialprodukts in Litauen beispielsweise zwischen 1991 und 1994 frapierend gesunken: Während sich die Männerarbeitslosigkeit „nur“ um 2 % erhöht habe, sei die Quote der Frauenerwerbslosigkeit um ganze 16 % gestiegen. Zwar nehme der Rückgang der Erwerbstätigkeit von Frauen über die Jahre ab, da aber Frauen vielfach eher als Männer bereit seien, in Teilzeit, unsicheren Verhältnissen oder schlechtbezahlten Jobs zu arbeiten, täusche die Statistik hier über viele Probleme hinweg. Zudem würden Frauen

zunehmend aus gut bezahlten Branchen verdrängt, hauptsächlich in den Gesundheits- und Bildungssektor hinein, wo traditionell niedrigere Löhne gezahlt würden und die Aufstiegschancen eher gering seien. In der Tschechischen Republik habe sich zum Beispiel der Anteil von Frauen im Finanzdienstleistungsbereich, einem traditionell starken weiblichen Beschäftigungsfeld, zwischen 1994 und 2001 von 70 auf 63 % verringert – und das, obwohl die Ausbildungsquote von Frauen für diesen Bereich im selben Zeitraum von 72 auf 76 % gestiegen sei. Im Gegensatz zu Frau Turk hält sie Gesetze für hilfreich, um für Fortschritt zu sorgen – die Umsetzung sei allerdings eine Herausforderung für alle Länder, nicht nur für die Neumitglieder in der Europäischen Union. Als problematisch erweise sich jedoch aus der Frauenperspektive, dass gerade in den Beitrittsländern die Arbeitslosigkeit auch unter Männern sehr hoch sei, was vielfach als prioritär zu behandelndes Problem angesehen werde. Zudem müsse verstärkt darauf geachtet werden, dass die Neumitglieder nicht nur ihre Daten „neu aufarbeiten“, wenn sie Zahlen nach Brüssel melden sollten.



Elfriede Kerschl

Elfriede Kerschl sieht die EU-Osterweiterung, ganz im Sinne des fehlenden Fragezeichens als Motto der Diskussionsrunde, als wirkliche Chance für die Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Die Wirtschaft Europas öffne sich zunehmend der Idee, dass man 50 % des Potenzials nicht ungeachtet lassen könne. Man erkenne, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch und gerade wirtschaftlich rechne.

Selbst die von Cordula Tutt angesprochene Ausbildungskonzentration von Mädchen auf einige Berufe, die wenig Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten böten (Pflegerberufe, Friseurhandwerk), begreift sie als Chance, da der Dienstleistungssektor gerade in überalternden Gesellschaften eine Aufwertung erfahre. Der Europäische Sozialfonds biete zudem hervorragende Programme für kleine und mittelständische Unternehmen zum familienfreundlichen Wirtschaften an – leider sei deren Bekanntheitsgrad jedoch ausgesprochen gering, das Interesse der Betriebe daher aus Unkenntnis ebenso. Aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung würden Unternehmen jedoch zunehmend hellhörig, was familienfreundliches Wirtschaften angehe, und überdächten die Ausrichtung ihrer Personalpolitik. Insgesamt seien die bisherigen Ansätze richtig, die Entwicklung auf einem guten Weg und Information statt Zwang der Weg, mit dem man noch mehr erreichen könne.



Cordula Tutt

In der nachfolgenden offenen Diskussion ergab sich aus zwei Redebeiträgen aus dem Plenum für die Diskutantinnen noch einmal die Gelegenheit, ihre Positionen stärker voneinander abzugrenzen. So wurde einerseits der Hinweis auf die Image-Empfindlichkeit von Unternehmen und die damit verbundene Forderung nach mehr Druck aus der Zivilbevölkerung, wie er z.B. in den USA verbreitet sei, kontrovers diskutiert. So sollte nicht immer nur Positives herausgestrichen werden, sondern Firmen durch „Naming and Shaming“ in Bezug auf Gender-Fragen konkret benannt und geächtet werden.

Frau Kerschl widersprach dieser Forderung vehement

und verwies auf die oftmals nicht messbare, da nicht verschriftlichte Familienfreundlichkeit von Unternehmen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen zeichneten sich häufig durch eine „gelebte“ Familienfreundlichkeit aus, die es ermögliche, dass die Kollegin X „eben einmal eine Viertelstunde früher gehe, um ihr Kind rechtzeitig aus dem Kindergarten abzuholen“, auch wenn dies nicht offiziell sei. Kleine und mittlere Unternehmen hätten einfach nicht die Möglichkeiten, medien- und öffentlichkeitswirksam familienfreundliche Unternehmenskonzepte vorzustellen und aufzulegen, auch wenn deren Inhalte durchaus zur Firmenphilosophie zählten und als Grundlage des menschlichen Miteinanders dienten. Nach Ansicht von Frau Turk achteten in Slowenien gerade kleine und mittlere Unternehmen besonders auf Familienfreundlichkeit – jedenfalls, wenn sie von Frauen gegründet und geführt würden. Frauen seien als Chefinnen „ethischer und offener“ gegenüber ihren Angestellten. In großen Unternehmen hingegen sei der Druck durch internationalen Wettbewerb höher, Moral (und damit: Familienfreundlichkeit) eher nachrangig. Dem Druck das Wort redete auch Frau Tutt, die ergänzte, dass die doch sehr konservativen DAX 30-Unternehmen ihre Spitzenpositionen jetzt verstärkt für Frauen öffneten, da sie von ihren jeweiligen US-Counterparts schief angeschaut würden, säßen deren Delegationen ausschließlich männliche Geschäftspartner gegenüber.

Vielfältige Wortmeldungen gab es andererseits zu einer Kritik am „per se konservativen Duktus“ der Gesamtdiskussion, die das Thema Mutterschaft, also Frauen und Kinder allzu sehr in den Vordergrund gerückt habe. So beinhalte Gender Mainstreaming schließlich auch das Thema Vaterschaft, also Männer und Kinder, was im bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung viel zu kurz gekommen sei. Zudem müsse die Problematik des zunehmenden Einkaufs von (meist weiblicher, illegaler) Arbeitskraft aus (zumeist) Osteuropa zur Entlastung im häuslichen Bereich beim gesamten Thema Eltern und Kinder mitgedacht werden – hier tue sich eine ganz neue Geschlechterfrage auf.



Publikum

Weitgehend Einigkeit bestand über die Replik durch Frau Hildebrandt, dass Gender Mainstreaming die Möglichkeit schaffen wolle, dass alle Erwachsenen Eltern werden können. Die Entscheidung, ob jeder Einzelne dann von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchte, sei dann schließlich Privatsache. Frau Ruminska-Zimny argumentierte ebenso: Die Hauptproblematik liege in der Aufteilung der Verantwortung zwischen Männern und Frauen, entscheidend sei letztendlich die Wahlmöglichkeit. Frau Turk schloss ihr Plädoyer für weibliches Unternehmertum mit dem Hinweis ab, Unternehmerin zu sein, hieße eben genau die Wahl zu haben, was frau mit ihrem Leben machen wolle.

Wie Männern geholfen werden könne, ihren Beitrag zur Gleichberechtigung im Berufsleben gern zu leisten, fasste ein Abschlussbeitrag aus dem Plenum humorvoll zusammen. Die Diskussion habe hierzu drei Wege aufgezeigt: Einerseits das Profitmaximierungsversprechen, andererseits die verstärkte Internationalisierung von Konzernen und zum Dritten der Zwang zu kürzeren Arbeitszeiten wie in Frankreich. Mit diesen „heiteren Aussichten“ ging es ins Weltcafé.